



Ausschuss für Kommunalpolitik

33. Sitzung (öffentlich)

18. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:45 Uhr bis 14:15 Uhr

Vorsitz: Carina Gödecke (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
Aktuelle Viertelstunde	5
Schafft STEAG-Kauf neue Probleme in den Kommunen?	
Auf Antrag der Fraktion der CDU vom 14.11.2011	
– Bericht von StS Dr. Hans-Ulrich Krüger (MIK)	5
– Diskussion	6

- 1 Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen** **15**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/224
- Ausschussprotokoll 15/312
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –
- Ohne Aussprache stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP und LINKEN einstimmig zu.
- 2 Demokratische Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken – Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahlen in NRW einführen** **16**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2081
- Ausschussprotokoll 15/311
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –
- Der Antrag wird nach kurzer Beratung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und LINKEN abgelehnt.
- 3 NRW lehnt Kürzungen bei der Städtebauförderung ab und braucht sichere Ko-Finanzierung durch den Bund!** **18**
- Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2213
- Ausschussprotokoll 15/294
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –
- Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP dem federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr, den Antrag anzunehmen.

4 Gesetz zur Fortentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements für Gemeinden und Gemeindeverbände im Land Nordrhein-Westfalen **22**

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2988

Der Ausschuss einigt sich darauf, in der Sitzung am 20. Januar 2012 eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen. Details würden auf der Arbeitsebene verabredet.

5 Geplante Abmilderungshilfe in Höhe von 69 Millionen € im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2012 **24**

Auf Antrag der Fraktion der CDU vom 04.11.2011

Bericht der Landesregierung
Vorlage 15/966

Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

6 Gesetz zur Wiedereinführung landesweit einheitlich sozialgestaffelter Elternbeiträge in der Kindertagesbetreuung und zur Fortführung der Beitragsfreiheit **25**

Gesetzentwurf
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/2851

In Verbindung mit:

Wer regiert, ist auch für die Konsequenzen seiner Gesetze verantwortlich – Landesregierung muss das von ihr verursachte KiBiz-Chaos bereinigen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2857

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der Anhörung am 12. Januar im federführenden Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend zu beteiligen.

- 7 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften** **26**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/2944
- Der Ausschuss beschließt aufgrund des engen Beratungsfahrplans seitens des federführenden AGSI seine nachrichtliche Beteiligung an der bereits durchgeführten Anhörung nachträglich.
- 8 Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen** **27**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2953
- Der Ausschuss verständigt sich auf eine pflichtige Beteiligung an der Anhörung des federführenden AKUNLV am 23. Januar 2012.
- 9 Verschiedenes** **28**
- 9.1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83)** **28**
- Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1068
- 9.2 Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW)** **28**
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2379
- 9.3 Obleuterunde** **28**
- 9.4 Beförderungen in Nothaushaltskommunen** **28**
- 9.5 Prüfung** **30**

9 Verschiedenes

9.1 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83)

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1068

Vorsitzende Carina Gödecke teilt mit, dass sich der federführende Haupt- und Medienausschuss und der neben dem AKo ebenfalls mitberatende Haushalts- und Finanzausschuss auf die Durchführung einer Anhörung am 15. Dezember 2011 verständigt hätten. Der AKo habe sich bereits am 18. Februar 2011 auf eine nachrichtliche Beteiligung verständigt. – Der **Ausschuss** bestätigt diesen Beschluss.

9.2 Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/2379

Vorsitzende Carina Gödecke informiert darüber, dass der federführende Ausschuss für Wirtschaft Mittelstand und Energie hierzu am 18. Oktober 2011 eine Anhörung durchgeführt habe. Der AKo habe sich nachrichtlich daran beteiligt; das Sitzungsprotokoll werde in Kürze vorliegen. – Da der federführende Ausschuss seine Beratungen zum Gesetzentwurf am 14. Dezember 2011 abschließen wolle, müsse der AKo sein Votum dazu in der Sitzung am 2. Dezember 2011 abgeben.

9.3 Obleuterunde

Vorsitzende Carina Gödecke gibt ihre Absicht bekannt, in einer Obleuterunde im Dezember die Sitzungsstrukturierung für das Jahr 2012 zu besprechen.

9.4 Beförderungen in Nothaushaltskommunen

Manfred Palmen (CDU) merkt an, nach Presseveröffentlichungen in der „Westfalenpost“ von gestern und heute werde das Thema „Beförderung“ in Kommunen behandelt. Unter anderem beziehe sich das auf die Stadt Hagen, die 260 Beförderungsfälle in Warteschleife als Folge ihrer Überschuldung habe. Nach einer dieser Presseveröffentlichungen habe Staatssekretär Dr. Krüger an den Regierungspräsidenten ein Schreiben adressiert, wonach es im Rahmen des Stärkungspaktes für finanzschwache Kommunen möglich sein solle, Beförderungen zuzulassen und Regierungspräsident Bollermann im Einzelfall in angemessenem Umfang Personalentscheidungen zu tolerieren habe. Zwei Kollegen der SPD-Landtagsfraktion sollen zudem dem Ober-

